

Betriebszeitung der DKP für O&K Dortmund

DEZEMBER 1978

Es kam wie es kommen mußte

Bevor noch die ersten Tarifverträge gekündigt oder die ersten Lohnforderungen aufgestellt waren, wurde von allen möglichen Seiten versucht, die Lohnpolitik der Gewerkschaften durch Lohnleitlinien und Profitwirtschaft an die Kette zu legen.

In Diskussionen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit wird nach wie vor die gewerkschaftliche Lohnpolitik als Grundübel aller wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in der BRD hingestellt.

Dabei zeigen die neuen Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) die Gefahr vom sinkenden Realeinkommen auf, in denen nachgewiesen wird, daß das Durchschnittseinkommen in Arbeiterhaushalten gegenüber der Einkommensentwicklung bei den Selbständigen stark zurückbleibt.

Verfolgt man seit Monaten die Berichte in



WIRTSCHAFTSGESPRÄCH

den Wirtschaftsteilen der Zeitungen, so erkennt man sehr deutlich: Die Gewinne sind nicht rückläufig, sondern z.T. traumhaft. Bis zu 28 %Dividende konnten die Herren Aktionäre kassieren.

U.a. spricht die Redaktion der "Frankfurter Rundschau", die einen eigenen Aktienindex ermittelte, davon, daß das Aktienniveau nahe dabei sei, den Nachkriegsstand einzustellen.

Trotzdem reden die Unternehmerkreise weiterhin von sinkenden Gewinnen, fehlenden Investitionsmitteln und von notwendigem Lohnverzicht mit der Begründung, die Wachstumsziele und den Abbau der Arbeitslosigkeit nicht zu gefährden.

Sehen wir uns die Geschäftsbilanzen der Großunternehmen, die Berichte der Banken und den wachsenden Kapitalexport an, so ist nicht zu übersehen:

Die Forderungen der IG Metall nach der 35-Stunden-Woche ist realistisch und durchführbar.

Denn diese Forderung schränkt die horrenden Gewinne ein und verhindert den Abbau von monatlich 1.000 Arbeitsplätzen.

Unfälle rapide gestiegen

In diesem Jahr sind die Unfälle in der metallverarbeitenden Industrie drastisch gestiegen.

Auch im Dortmunder O & K-Werk ist eine Erhöhung der Unfälle um ca. 13 % zu verzeichnen.

Diese traurige Bilanz spricht für sich, denn viele Unfallquellen könnten beseitigt werden. Das jedoch kostet Geld, Geld, welches man lieber in Dividendenerhöhungen anlegt.

So klagen immer noch viele Kollegen über schlechte Lichtverhältnisse in den Abteilungen und den übergroßen Lärm, der bewiesenermaßen zu Konzentrationsminderungen führt.

Jeder Kollege sollte sämtliche Gefahren, die zu Unfällen führen können, seinem Vertrauensmann oder einem Betriebsratsmitglied mitteilen. Denn bekanntlich nützt es wenig den Sicherheitsbeauftragten zu informieren, da dieser besonders dann, wenn die Unfallgefahrbeseitigung mit Kosten oder Produktionsausfall verbunden ist, eine lange Leitung hat.

Falls das alles immer noch nichts nützen sollte, kann man auch das Gewerbeaufsichtsamt einschalten (auch anonym).

Solche Mittel wirken bei Werksleitungen oft Wunder. Plötzlich ist dann Geld und Einsatzbereitschaft da.

Das Allerletzte



Neulich kam doch der Direktor Eggenmüller mit ein paar Besuchern durchs Werk. Er traute wahrscheinlich seinen Ohren nicht, ihm war der Betrieb zu laut.

So schrie er dann auch einen Kollegen an, der Buchsen einschlug: "Sein's wahnsinnig, hier Buchsen einzuschlagen!"

Der konnte sich den Platz nun wirklich nicht aussuchen, wo er sie einschlug. Aber dem Direktor kann man raten, wenn er Pläusche machen will, sich auf seine ruhige Chefetage zu verdrücken.

ÇIKAR YOL

Faşist MC Yıkılalı on ay oldu. Ama Türkiyede Faşist tırmanış Güncelliğini korumktan öte, daha geniş boyutlar kazanıyor. UmutHükümeti olarak iş başına gelen CHP yerini günden güne umutsuzluğa terk ediyor. Ve durmuyor bunu fırsat bilen Bozkurtlar, yeni tertiplere, yeni katliamlara devam ediyorlar. Her gün Üç beş genç gidiyor daha hayata başlamadan. Peki ne istiyorlar bu itler? İstemlerini şimdiye kadar yarı açı yarı kapalı da olsa belli ediyorlardı, Amerikalı efendilerinin Türkiyedeki çıkarlarını en iyi şekilde koruyabilecek Faşist bir cunta. Çünkü, biliyorlaki MC mevta sını diriltmek mümkün değil. MHP İstanbul İl Başkanı Haşatlı öldürüldükten sonra, bu istemlerini artık gizleyemediler. Demeçler verdiler, bildiriler yayınladılar. Bu Hükümet gitmeli, yetki ve sorumluluk orduya verilmelidir dediler. MHP İstanbul İl Başkanı Haşatlı olayını, burada çıkan günlük Burjuva gazetelerine bakılırsa MLSPB. (Marksist Leninist silahlı propoganda birliği diye bilinen Maocu bozkurtlar üslenmiş. Olabilir, sol maskesi altında örgütlenmiş bu serüvenciler onlardan kopuk değil, bilakis eylem birliği içerisindedirler.

Ama burada gözden kaçmaması gere en bir olgu var. (Hacı Başbuğun) Davadan döneni vurun, veyahutta dava için her şey mübahtır emri düşündürücüdür. Haşatlıyı, ister amaçlarına alet etmek için kendileri katletsin, ister sol görüntülü Maocular katletsinler amaçları aynı. Faşist bir cunta. İyi, hükümet neyapıyor, ne yapmak istiyor bu canilere karşı? Şimdilik hiç bir sey. Dün olduğu gibi, bu günde eski plağı çeviriyor. Eylemci sağada eylemci solada karşıyız. Faşizm özlemcilerine karşı böylesi çarpık bir mantıkla yola çıkıyor. Bir tehlikeye karşı önlem almak, onu zararsız hale getirmek olamaz, ancak onu ortadan kaldırmak lazımdır. Aksi halde o, yine varlığını sürdürece tir.

O halde, M.H.P ve onun vurucu gücü durumundaki Gençlik kolları ve Ülkü ocakları kapatılmalıdır. Faşizmin kaynaği emperyalizmin kökü kurutulmalıdır. Ki, faşizm tehlike olmaktan çıksın. Aksi halde, C.H.P Genel Başkanının, Ecevitin Amerika emperyalizminin içteki uzantıları, Demirellerle Erbakanlarla, Türkeşlerle diyalog kurması çıkar yol değildir.
Her Sabah Türkiye Komunist partisinin sesi radyosusu, Kısa dalga 9.10 da, ayrıca salı ve Perşembe akşamları 21.15 te orta dalga 330 M. 908 Kz. den dinleyebilir siniz.

Wichtiger Hinweis

FÜHRT DIE 35-STUNDEN-WOCHE IN DIE

ARBEITSLOSIGKEIT ?

Eine solche Behauptung ergibt sich jedenfalls aus einem Artikel von Stahlboss Weisweiler in der "Nürnberger Zeitung" vom 4. Dezember. Demnach müßte die 35-Stunden-Woche eigentlich schon einige Zeit verwirklicht sein, denn seit 1975 haben wir Millionen-Arbeitslosigkeit. Schauen wir uns Weisweilers Argumente genauer an.
Durch Arbeitszeitverkürzung würden die Arbeitskosten steigen. Dies sei ein sicheres Mittel, Arbeitsplätze zu gefährden, weil die Unternehmen dann rationalisieren müßten. Weiter schreibt Weisweiler:"Soll der Abbau der Arbeitskräfte gestoppt werden, können die Arbeitskosten nur im Rahmen der Erhöhung der Arbeitsproduktivität steigen."
Zumindest für Weisweiler selbst kann dieser Satz kaum gelten, denn dessen Kosten (fast 700.000 DM "Lohn" im Jahr) stehen in keinem Verhältnis zu seiner "Arbeitsproduktivität", und trotzdem hat er noch seinen "Arbeitsplatz".

Aber auch sonst ist das starker Tobak! Da stehen sie nun, die armen Unternehmer. Immer ihr höchstes Ziel, die Arbeitsplätze zu erhalten, vor Augen. Und dann kommen die undankbaren Arbeiter, erhöhen durch immer dreistere Forderungen die Arbeitskosten, bis es nun wirklich nicht mehr anders geht und die armen Unternehmer notgedrungen und widerwillig rationalisieren und Arbeitsplätze vernichten.
Weisweiler stellt die Tatsachen also frech auf den Kopf: In guten wie in schlechten Zeiten, stets haben die Unternehmer die Rationalisierungsmöglichkeiten maximal zur Steigerung ihrer Profite genutzt. In ihrer Rechnung zählt immer nur der Profit, nicht der Arbeitsplatz. Selbst die kleinste Beteiligung der Arbeiter an der häufig genug auf ihre Knochen gegründeten Steigerung der Arbeitsproduktivität mußte hart errungen werden. Die Arbeitskosten haben also auf Rationalisierung und Entlassungen keinen Einfluß. Die Pläne hierfür liegen für die nächsten Jahre längst fest. Und sie werden so oder so durchgeführt, wenn wir Arbeiter die Stahlbosse gewähren lassen.

Früher wurden die arbeitsplatzvernichtenden Folgen des ständigen Strebens nach höherem Profit zum Teil durch steigende Produktion aufgefangen. In Zukunft ist dies aber weniger zu erwarten. Deshalb muß jetzt den Arbeitsplatzkillern Einhalt geboten werden.
Will man sie nicht gleich ganz zum Teufel jagen, geht dies nur durch deutliche Arbeitszeitverkürzung und verstärkte Einflußnahme auf Investitionen und Profite.
Wenn Weisweiler meint, die Arbeitskosten könnten nur im Rahmen der Erhöhung der Arbeitsproduktivität steigen, so vergißt er hinzuzufügen, daß damit gleichzeitig gesagt ist, daß die Profit-"kosten" in gleicher Weise steigen. Er hätte also genau so gut sagen können, die Profite sind uns heilig und unantastbar. Aber das macht sich natürlich nicht so gut. Dazu ein Beispiel: Wenn die Arbeitsproduktivität um 10 % steigt, und gleichzeitig die Lohnsumme um 10 % steigt, bleibt der Anteil der Löhne am Umsatz gleich. Damit bleibt aber auch der Anteil der Profite unverändert. Die absolute Profitsumme wächst sogar um 10 %. Dies ist sozusagen das Mindeste, was die Unternehmer fordern. Es wird höchste Zeit, daß die Wirtschaftsbosse auch mal einen Beitrag zur Überwindung der von ihnen verschuldeten Arbeitslosigkeit leisten. Mit 5 statt 10 % Profit brauchen sie immer noch nicht zum Sozialamt zu gehen. Außerdem haben sie - im Gegensatz zu den Stahlarbeitern - einige Rücklagen. Die 35-Stunden-Woche wird die Bosse zwar was kosten - sie bringt aber auch was: zumindest eine Verlangsamung des Belegschaftsabbaus.
Warum sollte Weisweiler z.B. nicht mit der Hälfte seiner 700.000 DM pro Jahr hinkommen? Seine Krokodilstränen wären dann vielleicht glaubhafter!
Als Krönung preist Weisweiler in seinem Artikel sein gelobtes Land, die USA. Dort habe der Reallohn seit 1970 praktisch stagniert, und deshalb wären dort 1977 12 Millionen Menschen mehr beschäftigt gewesen als 1970. Auch hier vergaß er eine Kleinigkeit: das Millionenheer der Arbeitslosen hat sich dadurch nicht vermindert. Die Jugendarbeitslosigkeit erreicht in vielen Gruppen 25 % und mehr! Und 4 % Arbeitslosigkeit werden in diesem "gelobten Land" offiziell als Vollbeschäftigung bezeichnet.
Schönen Dank, Herr Weisweiler! -
Nicht mit uns!

verantw.: werner groß, do-löttringhausen
druck/eigendruck